

öffentlich

Vorlage zur Behandlung im Kreistag

Sitzung am 25.07.2011

TOP 6: Bericht über die aktuelle Finanz- und Haushaltslage

A. Beschlussvorschlag:

Der Kreistag nimmt den Bericht über die aktuelle Finanz- und Haushaltslage zur Kenntnis

B. Kosten/Finanzielle Auswirkungen:

1.550.000 EUR geringerer Kreditbedarf

Anlagen:

öffentlich

Bericht über die aktuelle Finanz- und Haushaltslage

1. Ausgangssituation

Die Steuereinnahmen der Gemeinden im Zollernalbkreis sind im Jahr 2009 in Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise drastisch um etwa 18 % gesunken. Zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung des Landkreises für das Haushaltsjahr 2011 musste noch davon ausgegangen werden, dass sich die extrem schwierige Situation der Gemeinden erst allmählich wieder erholt. Trotz weiter steigender Kosten insbesondere im Sozialhaushalt war die Vorgabe des Kreistags für die Haushaltsplanung 2011 den bisherigen Kreisumlagehebesatzes von 26,5 % beizubehalten.

Landesweit hat sich im Jahr 2011 der durchschnittliche Kreisumlagehebesatz von 31,43 auf 34,27 erhöht, bei einem landesdurchschnittlichen Rückgang der Steuerkraftsummen der Gemeinden um 14,5 %.

Mit dem in der Haushaltssatzung festgesetzten Hebesatz von 26,5 % war der gesetzlich geforderte Ausgleich des Verwaltungshaushalts nicht zu erreichen. Zum Ausgleich musste eine nur ausnahmsweise zulässige Zuführung zum Verwaltungshaushalt aus Mitteln der Allgemeinen Rücklage in Höhe von 2.772.080 € getätigt werden.

2. Absehbare Haushaltsentwicklung

a) Finanzausgleich

Entgegen dem Haushaltserlass vom Sommer 2010, der noch die Prognosen der Steuerschätzung Mai 2010 berücksichtigte, wurden der Haushaltsplanung bereits die neueren Erkenntnisse der Steuerschätzung vom November 2010 zugrunde gelegt und damit um rd. 850.000 € höhere Schlüsselzuweisungen veranschlagt.

Mittlerweile hat im Mai 2011 wieder eine Steuerschätzung statt gefunden. Darin wurden die Erwartungen für 2011 noch einmal deutlich nach oben korrigiert.

So führen die höheren Gemeinschaftssteueranteile des Landes automatisch zu einer höheren Finanzausgleichsmasse und damit zu höheren Ausschüttungen im Finanzausgleich. Landesweit werden sich die Schlüsselzuweisungen um 33 Mio. € bzw. 4,68 % erhöhen. Der Zollernalbkreis kann für 2011 zusätzliche 1.115.000 € erwarten.

Nach dem Auszahlungsstand 10.6.2011 (2. Teilzahlung) kann für das Finanzausgleichsjahr 2011 von folgenden weiteren Abweichungen zur Planung ausgegangen werden:

Sachkostenbeiträge für Schulen	+ 50.000 €
Zuweisungen für untere Verwaltungsbehörde	+ 26.000 €
Verkehrslastenausgleich	- 27.000 €.



öffentlich

Am 10.6.2011 gingen auch die Abschlusszahlungen für den Finanzausgleich des Jahres 2010 ein. Es konnten stattliche Nachzahlungen verbucht werden für

Schlüsselzuweisungen	380.000 €
Soziallastenausgleich	94.000 €
Sachkostenbeiträge für Schulen	67.000 €

b) Grunderwerbsteuer

Das Grunderwerbsteueraufkommen ist schon im Jahre 2010 kräftig angestiegen. Die Einnahmen Januar – Mai 2011 mit 1.885.000 € liegen nur geringfügig unter dem Aufkommen des Vergleichszeitraumes 2010. Es kann erwartet werden, dass der Planansatz von 2011 von 4,3 Mio. € um bis zu 200.000 € überschritten wird.

c) Personalausgaben

Seit der Stellen- und Personalkostenplanung im Herbst 2010 ergaben sich im Personalbereich mehrere gesetzliche Veränderungen, die brutto zu Mehrausgaben führen werden, teilweise jedoch gegenfinanziert sind:

- Gehaltserhöhung bei den Beamten von 2 % ab 1.4.2011
- 2 zusätzliche Stellen beim Jobcenter und bis zu 3 Stellen beim Kreissozialamt für die Abwicklung des Bildungspakets, gegenfinanziert über erhöhte Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft – siehe auch d)
- Zusätzliche Stellen für ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) infolge Wegfall Zivildienst bei den Sonderschulen
- ½ Stelle für den Verwaltungsvollzug des „Elektronischen Aufenthaltstitels“ bei der Ausländerbehörde (teilw. Gegenfinanzierung über höhere Gebühreneinnahmen)

Die Verwaltung ist bemüht, die nicht gegenfinanzierten Personalmehrausgaben durch restriktive Personalbewirtschaftung weitestgehend zu kompensieren.

d) Sozialhilfe

Obwohl die Planansätze für die Leistungen nach SGB XII (insbesondere Eingliederungshilfe für behinderte Menschen, Hilfe zur Pflege) nur geringfügig um 0,6 % über dem Rechnungsergebnis des Jahres 2010 liegen, werden wir die Ansätze 2011 nach aktueller Hochrechnung nur unwesentlich um ca. 125.000 € überschreiten.

Im Bereich SGB II (Grundsicherung für Arbeitssuchende) haben wir Mehreinnahmen von 1,7 Mio. € aus höherer Erstattungsquote des Bundes zu verzeichnen. Mit diesen Mehreinnahmen sind aber nicht nur die Leistungen des neuen Bildungs- und Teilhabepaketes abzudecken, sondern auch der für die Abwick-



öffentlich

lung hierfür erforderliche Verwaltungsaufwand. Der Aufwand ist derzeit überhaupt noch nicht abzuschätzen. Wir gehen von einer Kostendeckung aus.

e) Jugendhilfe

In der Jugendhilfe zeichnet sich nach den jetzt vorliegenden Zahlen ein Mehrbedarf von etwa 3 % ab, was einem Betrag in einer Größenordnung von ca. 380.000 € entspricht.

Die Gründe liegen einerseits in einem nachhaltig hohen Hilfebedarf im Rahmen des Schutzauftrages insbesondere bei den ambulanten Hilfen. Besonders bei der Individuellen Sozialpädagogischen Einzelbetreuung (ISE) hat sich eine deutliche Fallzahlensteigerung ab dem letzten Quartal 2010 ergeben, die sich im Jahr 2011 in dieser Höhe fortgesetzt hat. Weitere Mehrausgaben ergeben sich im Bereich der Tagespflege, wo sich entsprechend dem politisch gewünschten Ausbau der Kinderbetreuungsplätze die Fallzahlen stärker als erwartet erhöht haben.

f) Krankenhausbetrieb

Im Haushalt 2011 wurde planmäßig der Verlust des Zollernalb Klinikums aus dem Jahr 2009 abgedeckt. Zwischenzeitlich liegt auch der Abschluss für das Wirtschaftsjahr 2010 mit einem Jahresverlust von 3,98 Mio. € vor. Der Wirtschaftsplan 2011 des Klinikums geht von einem Planverlust in Höhe von 1,75 Mio. € aus. Nach heutiger Einschätzung wird der Verlust 2011 höher ausfallen und sich dem Ergebnis des Jahres 2010 nähern. So wird es voraussichtlich noch im Jahr 2011 erforderlich, der gGmbH weitere Mittel zuzuweisen und auszuzahlen, um eine bilanzielle Überschuldung sowie Liquiditätsengpässe zu vermeiden. Ein endgültiger Vorschlag hierzu wird zur nächsten Sitzungsrunde erarbeitet.

Denkbar wäre es, hierfür das bessere Ergebnis aus der Jahresrechnung 2010 zu verwenden.

g) Neubau und Erweiterung Krankenhaus Balingen

Für die Baumaßnahme sind neben dem vorrangig einzusetzenden Landeszuschuss von 33 Mio. € bis 2011 auch Kreismittel in Höhe von 29 Mio. € entsprechend dem ursprünglichen Bauzeitenplan bereitgestellt.

Die Baumaßnahme ist insbesondere auch witterungsbedingt in Verzug geraten, so dass die Mittel nicht wie ursprünglich geplant abgeflossen sind. Durch den Planungsstopp für den Bauabschnitt II Sanierung wurde, unabhängig ob Sanierung oder Neubau des 2. Abschnittes beschlossen wird, eine weitere Situation geschaffen, die sich auf den Bauablauf und damit den Mittelabfluss auswirken wird.

öffentlich

Von den bereitgestellten Kreismitteln werden mindestens 10 Mio. € im Jahr 2011 noch nicht kassenwirksam werden. Die Verwaltung schlägt vor, diese Mittel per Haushaltsrest ins Folgejahr zu übertragen und dementsprechend auch erforderliche Deckungsmittel (Kreditermächtigung) zu übernehmen.

h) Zinseinnahmen

In Folge des verzögerten Geldabflusses bei der Krankenhausbaumaßnahme aber auch in Folge eines höheren Rücklagenbestandes durch das positive Rechnungsergebnis 2010 konnten höhere Geldbestände zinsbringend angelegt werden. Es können so voraussichtlich um ca. 150.000 € höhere Zinsen vereinbart werden.

i) Übrige Bereiche

Die übrigen Bereiche wurden ebenfalls überprüft. Während z.B. im Straßenbau aufgrund der Vergaben Mehrkosten bei einzelnen Maßnahmen angefallen sind, konnten diese im Rahmen der Deckungsfähigkeit durch Einsparungen innerhalb des Straßenetats wieder aufgefangen werden.

Offen ist noch die Abwicklung des Erwerbs der Straßenmeisterei Lautlingen mit Salzhallen in Schömberg und Oberdisisheim. Hierfür wurden vom Kreistag neben dem Haushaltsansatz noch überplanmäßige Ausgaben von 92.810 € genehmigt.

Auch bei der Abfallwirtschaft werden geringere Selbstanlieferergebühren von voraussichtlich 200.000 € teilweise durch Einsparung bei den Entsorgungskosten kompensiert, aber auch durch Einsparungen bei der Erstattung an DSD.

Ansonsten sind bei den Verwaltungs- und Betriebsausgaben, den Gebäudekosten und dem Schuletat keine Planabweichungen erkennbar.

3. Zusammenfassung

Die vorstehend erläuterten Abweichungen führen zu folgender Haushaltsbelastung (-) bzw. –entlastung (+):

▪ Höhere Finanzausgleichsleistungen für 2011	+ 1.164.000 €
▪ Nachzahlungen Finanzausgleich für 2010	+ 541.000 €
▪ Grunderwerbsteuer	+ 200.000 €
▪ Zinseinnahmen	+ 150.000 €
▪ Sozialhilfe	- 125.000 €
▪ <u>Jugendhilfe</u>	<u>- 380.000 €</u>

Verbesserung 2011 + 1.550.000 €

Somit kann die für 2011 geplante Schuldaufnahme von 9.069.110 € um diesen Betrag reduziert werden.

öffentlich

Vorbehaltlich der weiteren Entwicklung wird die Verwaltung in der nächsten Sitzung einen Vorschlag zur Verlustabdeckung des Klinikbetriebes machen.